

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.60 Mk. Anzeigenpreis die Zeile pro Tag 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schiffvermittlung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Einige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 19.

Duisburg, den 12. Mai 1917.

18. Jahrgang.

## Eine Rundgebung der christlich-nationalen Arbeiterchaft

Am Sonntag, den 6. Mai, fand im Stadt. Saalbau zu Essen eine Sitzung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses statt, die sich eingehend mit den Fragen der Kriegsziele und der innerpolitischen Neuorientierung befaßte. Im Anschluß hieran tagte nachmittags eine sehr zahlreich besuchte Konferenz der Vertrauensmänner der angeschlossenen Organisationen aus Westdeutschland, in der nach einem eingehenden Referat des Generalsekretärs Stegerw a M über „Arbeiterinteressen und Friedensziele“ der vom Ausschusse beschlossenen nachfolgenden Entschließung einstimmig zugestimmt wurde:

### Entsch l e s u n g.

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses sendet unseren tapferen Streitkräften herzlichsten Gruß und innigen Dank für die von ihnen im Interesse unseres Vaterlandes erlangten unvergleichlichen Erfolge.

Gleich anderen Volksgenossen haben die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten ihr Treueverhältnis zu Fürst und Volk auf den Schlachtfeldern mit ihrem Blute besiegelt und in der Heimat durch mühsames Ausharren im Arbeits- und Opferleben bekräftigt. Dieser furchtbare Krieg ist von neidischen und rachsüchtigen Feinden Deutschlands gewollt und planmäßig organisiert worden. Das aufstrebende deutsche Reich sollte seiner militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kraft beraubt und in seiner Zukunftsentwicklung unterbunden werden. Diese ruchlosen Pläne sind dank der stählernen Widerstandskraft unserer Streitkräfte und der Mächtigkeitskraft in der Heimat zu Schanden geworden. Gleichwohl haben wir den hochherzigen Entschluß des Kaisers, Friedensverhandlungen anzugehen, mit ungeheurer Freude begrüßt. Unsere Feinde haben die dargebotene Friedenshand rücksichtslos abgewiesen. Sie wollen unsere Vernichtung.

Das deutsche Volk führt einen Verteidigungskrieg. Es steht draußen und dahem seine ganze Kraft ein für das Reiches Dasein und des Volkes Zukunft. Wir christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten sind in dem Wunsche nach Frieden mit dem gesamten deutschen Volke einig.

Unbeeinträchtigt durch die Haltung derjenigen, die durch Vorschlag eines Friedens „ohne Annexionen und Kriegsschadigungen“, als auch jener, die durch Stellung unerreichbarer Forderungen den Krieg unnütz verlängern, wollen wir einen Frieden, der uns reale Garantien dafür bietet, daß uns künftig ein ähnliches Blutvergießen erspart bleibt, einen Frieden, der die weitere wirtschaftl. und soziale Entwicklung Deutschlands sichert. Die Arbeitnehmerkreise Deutschlands würden durch einen ungünstigen und daher unbefriedigenden Frieden, der Deutschland ungeheure wirtschaftliche Lasten und Hemmnisse auferlegen würde, in ihrer sozialen Lage und Entwicklung auf Jahrzehnte geschädigt. Arbeitslosigkeit, Lohnruhr und hohe Lasten, wie dauernd verteuerte Lebenshaltung wären die unausbleiblichen Folgen. Bezüglich der Bekanntgabe unserer Kriegs- und Friedensziele billigen wir die Haltung der Reichsregierung.

Mit Genugtuung begrüßen wir die Bemühungen der Staatsregierung zur Herstellung einer lebendigen Fühlungsverbindung mit den großen Volksorganisationen und ihren Vertretern. Die Bande des Vertrauens, die so zwischen Regierung und Arbeiter- und Angestelltenorganisationen geknüpft worden sind, haben bereits vaterländisch wertvolle Ergebnisse in gemeinschaftlicher Arbeit gezeitigt. Als verheißungsvollen Ausdruck dieser Politik des Vertrauens ist die kaiserliche Osterbotschaft in den breiten Massen des Volkes aufgenommen und gewürdigt worden. Nicht nur wegen der ersichtlichen Ankündigung einer einschneidenden Umgestaltung des Wahlrechts für den preussischen Landtag, sondern um der kaiserlichen Anerkennung der Volkseinstimmungen willen, die sie enthält. Wir erblicken darin die feierlich gegebenen Bürgschaften der Krone für die Einlösung jener Zusagen, die der verantwortliche Kanzler des Deutschen Reiches ausgesprochen: stärkere Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit an den Staatsaufgaben. Neben dem Ausbau und der Sicherung der Volksrechte erblicken wir in einer starken Monarchie, in einem von ihrem Vertrauen berufenen pflichttreuen Staatsbeamtenamt nach wie vor die besten Grundlagen staatlicher Ordnung und die vertrauenswürdigste Bürgschaft für eine stetige und gedeihliche Entwicklung des öffentlichen Lebens.

Wir stehen in den Entscheidungskämpfen. In ungeheurer Anspannung, ausgestattet mit den Erzeugnissen

der Kriegsindustrien der Welt, stürmt der Feind gegen unsere westliche Front. Unseren heldenmütigen Kämpfern durch überlegene Rüstung siegreichen Widerstand zu ermöglichen, ist heilige Pflicht der deutschen Arbeiterchaft. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung erneuert und bekräftigt daher die ernste und eindringliche Mahnung: Haltet aus in der Arbeit! Tragt willig die unvermeidlichen Opfer und Entbehrungen bis zu einem guten Frieden.

Außerdem wurde noch eine Resolution zur Frage der Kriegerheimstätten angenommen.

An Sr. Majestät den Kaiser und an den Reichskanzler wurden Telegramme nachstehenden Wortlauts gesandt:

Essen, den 6. Mai 1917.

An des Kaisers Majestät,

Großes Hauptquartier.

Er. Majestät entbieten die im Mittelpunkt der deutschen Rüstungsindustrie versammelten Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen Westdeutschlands im Gedanken an die verheißungsvolle Osterbotschaft ehrerbietigen Gruß. Sie verbinden damit aus freudigem Herzen den Dank für das in dieser Osterbotschaft dem werktätigen Volke entgegengebrachte kaiserliche Vertrauen und geloben namens der Mitglieder ihrer Organisationen durch respektvolles Einsehen ihrer Arbeitskraft zur halbigen erfolgreichen Beendigung des Krieges dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

S. A.: Behrens, M. d. H.

Essen, den 6. Mai 1917.

An Sr. Excellenz den deutschen Reichskanzler, Berlin.

Die Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen Westdeutschlands, zur Beratung der unser Volk in diesem Augenblicke weltgeschichtlicher Entscheidung bewegenden Fragen in Essen versammelt, sprechen Er. Excellenz zu der seitherigen Haltung in der innerpolitischen Neugestaltung ihre Zustimmung aus. Möge das ehrliche Bemühen Er. Excellenz, dem werktätigen Volke einen größeren Einfluß auf die Entwicklung des Staatslebens und einen erhöhten Anteil an den Errungenschaften der staatlichen Kulturarbeit zu sichern, zum Segen unseres ganzen Volkes von Erfolg gekrönt sein.

S. A.: Behrens, M. d. H.

## Die Arbeitseinstellungen

in der Rüstungsindustrie haben inzwischen wohl von allen Seiten die schärfste Beurteilung erfahren. Einige besonders beachtliche Rundgebungen zu dieser Erscheinung lassen wir nachstehend folgen. Der Chef des Kriegsamtes, General Gröner, veröffentlichte folgenden Aufruf:

### An die Rüstungsarbeiter!

Im Westen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne stehen unsere heldenmütigen Brüder in der schwersten und blutigsten Schlacht der Weltgeschichte.

Unser Heer braucht Waffen und Munition!

Habt Ihr nicht Hindenburgs Brief gelesen? „Eine unheilbare Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Heimat feiert, statt zu arbeiten. Für Eure Schuld müßten unsere Feldgrauen bluten!“

Wer wagt es dem Ruf Hindenburgs zu trotzen? Ein Hundstott, wer streift, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen!

Hiermit ordne ich an, daß unverzüglich in den Rüstungsbetrieben aller Art hochgesinnte Arbeiter, mutige Männer und Frauen sich zusammenfinden und ihre Kameraden aufklären, was die Not der Zeit und die Zukunft des Vaterlandes von uns fordert: Arbeit und wieder Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges.

Diese mutigen Arbeiter sollen rücksichtslos gegen alle diejenigen vorgehen, die hegen und aufreizen, um dem Heere die Waffen und die Munition zu entziehen. Leset Hindenburgs Brief immer wieder, und Ihr werdet erkennen, wo unsere schlimmsten Feinde stehen. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne — mit diesen werden Eure heldenmütigen Söhne und Brüder fertig. Nicht drüben in London! Mit diesen werden unsere Helden auf den Unterirdischen gründliche Abrechnung halten. Die schlimmsten Feinde stehen mitten unter uns — das sind die Kleinmütigen und die noch viel schlimmeren, die zum Zerkeln haben. Diese müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke, diese Verräter am Vaterlande und am Heere. Ein Feigling, wer auf ihre Worte hört. Leset im Reichs-Verordnungsblatt was § 89 über den Vandalenrat sagt.

Wer wagt es, nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg es befiehlt?

Der Brief Hindenburgs und dieser Aufruf sind in allen Rüstungsbetrieben so anzuschlagen, daß jeder Arbeiter tagtäglich sie vor Augen hat als dauernde Mahnung zur Ueberwindung des Kleinmüts, zur Erfüllung der Pflichten gegen unser geliebtes deutsches Vaterland.

Wir sind nicht weit vom Ziel. Es geht um das Dasein unseres Volkes.

Glückauf zur Arbeit!

Der Reichskanzler richtete nachstehendes Schreiben an die deutschen Bundesregierungen:

Jeder Deutsche weiß, daß die Sicherheit unseres Vaterlandes, daß der Sieg in dem uns angezogenen Kampfe von der Beschaffung gehaltigen Rüstungsgutes für Heer und Flotte abhängt. Dazu ist unausgesetzte, angestrengteste Arbeit in allen Betrieben, die für die Kriegsführung Bedeutung haben, unbedingt notwendig. Werden solche Unternehmungen, wenn auch nur für kurze Zeit, stillgelegt, so wird die Schlagfertigkeit unserer Truppen in Frage gestellt und den Plänen und Berechnungen unserer Heeresleitung die Unterlage entzogen.

Die aufgestärkte deutsche Arbeiterchaft ist sich der hohen Bedeutung ihrer Aufgabe wohl bewußt. In letzter Zeit haben aber an einigen Orten Personen, die sich dadurch bewußt oder unbewußt in den Dienst unserer Feinde stellen, versucht, sie in der Erfüllung dieser Aufgabe zu stören.

In verschiedenen Betrieben, deren ungezügelter Fortgang für die Landesverteidigung wesentlich ist, ist an die Arbeiter mündlich, schriftlich oder durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln die Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. Es ist ferner mehrfach versucht worden, Arbeiter, die getreu ihrer Pflicht zur Werkstatt zurückkehren, von der Arbeit abzuhaken. Auch in Zukunft werden solche Versuche, selbst an dem vaterländischen Pflichtgefühl und dem gesunden kameradschaftlichen Sinn unserer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Uebereinstimmung mit der Leitung ihrer bewährten Berufsorganisationen ihre ganze Kraft daran setzen, unseren kämpfenden Brüdern zu schaffen, was sie zur Verteidigung der Heimat brauchen.

Die deutsche Arbeiterchaft soll aber auch wissen, daß die Staatsbehörden, die über Recht und Gesetz zu wachen haben, mit ihr gegen jene verbrecherischen Mischgeschäften ankämpfen werden. Das Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die auf die angegebene Weise einer feindlichen Macht Vorwurf leisten oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zufügen, wegen Landesverrats mit schwerer Strafe. Wer unseren tapferen Krieger in diesem heiligen Kampfe ehrt und trennt in den Rücken fällt, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und soll von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden.

Ich weiß mich einig mit den hohen Bundesregierungen in dem Gefühl heiliger Verpflichtung, jede deutsche Arbeit im Dienste unseres um sein Dasein ringenden Volkes mit allen Mitteln zu fördern und vor feindlichen Untrieben zu schützen.

gez. v. Bethmann Hollweg.

Die vereinigten Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben in Beantwortung des in unserer Nr. 17 abgedruckten Schreibens an den Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner, folgendes Schreiben gerichtet:

Er. Excellenz danken wir für Uebermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls Hindenburg. Mit dem leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden. Die Erhaltung und die Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Rundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für den politisch reifen Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Vernichtung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands und den baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an der Front ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerschaft von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgebraucht. Das Ungeheuerliche was ein Mensch hier sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen hereingebrochen. Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu verjagen.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Ueberzeugung auch die Bevölkerungsteile, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Inseinerseits wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unverantwortlichen Seiten ist glücklicherweise mit ganz vereinzeltem Erfolg versucht worden, die Arbeitseinstellung der Waffen- und Munitionsarbeiter, Volkstümern, Arbeiter

dienstbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen kriegsführenden Ländern, auch in dem deutschen Volke groß. Er ist menschlich erklärlich. Das Bestreben ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherzigt auch die arbeitende Bevölkerung. Dauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende, Kreise dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblickten.

Solche Ideen hätten jedoch die bellagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfange nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für eine Mäßigung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentliche Ursache, welche die Stimmung für die Arbeitsniederlegungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährung und Angelegenheiten zu erblicken. Von Arbeitern und Angehörigen ist bekannt — und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten —, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Nationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von den Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu treffen, um die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährung und Angelegenheiten im wesentlichen Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten, zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industrieregionen mit der nötigen Schärfe und Umsicht durchgeführt werden. Damit ist der wesentliche Grund zur Beendigung der arbeitenden Bevölkerung genommen.

Des Weiteren muß alles vermieden werden, das geeignet ist, bei den Arbeitern und Angehörigen das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Verweigerung vieler Unternehmungen, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnütze Parteien bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, große Mißstimmung und steten Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und scharfen Kämpfen führten und auch jetzt unangenehme Reaktionen hervorzurufen. Hier eine Veränderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Geesetzgebung nachdrücklich angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an anderem Lande verständigen, die durch willkürliche Herabsetzung der Löhne von Betriebsangehörigen die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, welchen die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schweren Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

- Im Übrigen bitten wir, Herrn Generalsekretär von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,  
 923. C. Regien.  
 Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften,  
 923. Franz Behrens.  
 Verband der Deutschen Gewerkschaften (D. G.),  
 923. Gust. Hartmann.  
 Polnische Gewerkschaften,  
 923. Hymez.  
 Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Berufe,  
 923. Dr. Kähler.  
 Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angelegenheits,  
 923. Auffhäuser.  
 Arbeitsgemeinschaft der technischen Berufe,  
 923. Dr. Hoelle.

**Lehrverträge im Handwerk.**

In Nr. 14 unseres Verbandsorgans finden wir unter der Überschrift „Lehrverträge“ einen Artikel, der sich in der Hauptsache mit den Missständen der Lehrverträge des Fabrikbetriebes befaßt. Sollten wir als Metallarbeiter einen Einfluß auf die Gestaltung der Lehrverträge gewinnen, so ist es unsere Pflicht, mehr wie bisher die Lehrlinge unserem Verbände zuzuführen. Nicht nur im Interesse des Lehrlings und der Eltern ist es gelegen, daß die Verträge besser ausgestaltet werden, sondern auch im Interesse einer gesunden Entwicklung des zu erlernenden Handwerks selbst, gleichviel ob dieses in Fabrik- oder Handwerksbetrieben ausgeübt wird, und auch im Interesse aller darin beschäftigten Personen. Die Lehrzeit soll eine Schule für das spätere Leben sein. Das, was der junge Mann in seinen jungen Jahren erlernt und gelernt hat, wird für ihn grundlegend sein für sein späteres Leben. Handelt es sich um die Erlernung eines Handwerks, so ist vor allen Dingen darauf Wert zu legen, daß der Junge in eine Lehrstelle gehen wird, wo mit Sicherheit zu erwarten ist, daß der Lehrling nicht nur als billige Arbeitskraft angesehen, sondern mit allen notwendigen Fähigkeiten ausgerüstet wird. In Betrieben, wo im Frieden nur 2-5 oder noch weniger Gezellen beschäftigt sind, dafür aber 20-30 Lehrlinge, kann unmöglich eine ordnungsmäßige Ausbildung stattfinden. In solchen Betrieben können nur sehr wenig erlässliche Arbeiten hergestellt werden, da zur Herstellung derselben die nötigen Kräfte fehlen. Handelt es sich um reine Lehrlingsausbildung, so

stünden, so ändert das allerdings das Gesamtbild in etwa, da hier nicht das Verdienst aus den Arbeiten der Lehrlinge maßgebend ist, sondern die Ausbildung. Die sogenannten Lehrlingsverträge finden wir aber auch nur innerhalb größerer Betriebe. Durch das starke Lehrlingsangebot in der Friedenszeit, besonders im Schlossergewerbe, hatten die Handwerksmeister in den allermeisten Städten schon längst durch gemeinsame Beschlüsse davon Abstand genommen, den Lehrlingen bezw. dessen Angehörigen irgendwelche Vergütungen zukommen zu lassen. Man ließ den Lehrling sogar meistens noch bezahlen. Für zerbrochene Werkzeuge, oder sonstige durch den Lehrling verursachte Schäden wurden dazu in vielen Handwerksbetrieben laut Lehrvertrag noch besondere Entschädigungen verlangt. Trotz der billigen Arbeitskraft, die unsere Schlossermeister und auch andere z. B. die Elektrizitätsfirmen an den Lehrlingen hatten, war das Nachlernen wegen Krankheit an der Tagesordnung. Dabei wurde meist sehr ungerecht verfahren. Sah der Vertrag eine Mindestkrankheitsdauer von zwei Wochen, die nachzulernen waren, vor, so gingen manche Meister dazu über, und rechneten einzelne Krankheitsstage, die im Laufe der Lehrjahre gefeiert wurden, zusammen, um daraus ein Nachlernen herauskonstruieren zu können. Für die Kundschaft galt der Lehrling aber schon längst als Geselle und der Meister hatte auf Grund der unklar ausgedrückten Bestimmung im Lehrvertrag eine billige Arbeitskraft.

Vielfach glaubten die Handwerksmeister auch die Zeit des Fortbildungsschulbesuches nachlernen lassen zu müssen und man sah hierfür einfach eine um ein Vierteljahr verlängerte Lehrzeit fest. Als ob die Fortbildungsschule den Meistern irgendwelchen Schaden zufügen könnte. Das was der Lehrling in der Zeit des Schulbesuches lernt, kommt nicht nur dem Lehrling selbst zugute, sondern in erhöhtem Maße auch dem Handwerksmeister. Ohne theoretischen Unterricht würden die Lehrlinge nicht so leistungsfähig sein, da ihnen bei manchen Arbeiten die theoretischen Unterlagen fehlen würden. Zu dem Nachlernen wurde vielfach das Schulgeld noch den Eltern aufgebürdet und ebenfalls die Beiträge zur Sozialversicherung.

Durch das enorm starke Lehrlingsangebot glaubten unsere Meister derartige Bestimmungen an den Lehrverträgen unterbringen zu können, ohne dabei zu bedenken, daß den Eltern während der Lehrzeit ihres Sohnes erhebliche Kosten entstehen, und daß auf die Dauer mit solchen Bestimmungen tüchtige Söhne weniger leistungsfähiger Familien vom Handwerk ausgeschlossen wurden. Es ist daher auch einmal angebracht, mit Nachdruck hierauf hinzuweisen, damit im Zukunft das Uebel im Handwerk nicht noch größer wird.

Hier kann nur Aufklärung unter den in Betracht kommenden Eltern usw. in Frage kommen. Sein Vertrag darf unbesehen unterschrieben werden. Die Lehrlinge selbst müssen ebenfalls über ihre Pflichten, aber auch über ihre Rechte aufgeklärt werden. Wo aber kann dieses nur geschehen? Nur in der Berufsorganisation! Aber auch hier stoßen wir auf Widerstand. Im Paragraph 9 der vorgebrachten Lehrverträge der Handwerkskammer Düsseldorf heißt es, daß ein Lehrling ohne Gelobnis des Lehrherrn irgendwelchen Vereinigungen nicht beitreten darf. Bei Nichtachtung dieser Bestimmung kann sofortige Entlassung aus dem Lehrverhältnis unter Zahlung der vorgeführten Strafen erfolgen. In einem größeren Handwerksbetriebe Rheinlands glaubte der Firmeninhaber (vor dem Kriege) etwa zehn in unserem Verbände organisierten Lehrlinge die sofortige Entlassung ankündigen zu müssen, falls selbige nicht ihren sofortigen Austritt aus der Jugendabteilung unseres Verbandes wollten. Unser Verbandsvertreter war energisch gegen die in diesen Betrieben seitens des Lehrherrns gehandhabte Lehrlingsmißhandlungen aufgetreten und hatte den Inhaber des Betriebes darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen des Lehrherrns das im Lehrvertrag vorgesehene Rücktrittsrecht weit überschritten. Der Schritt des Betriebsinhabers war ein Rückschritt. Allerdings erreichte er sein Ziel nicht, da seitens unserer Verbandsleitung gegenwärtige Maßnahmen ergreifen wurden.

Es muß nun Aufgabe der maßgebenden Instanzen sein, darauf hinzuwirken, daß solche Bestimmungen einfach nicht unterschrieben werden und daß behördlicherseits eine Änderung solcher Bestimmungen herbeigeführt wird.

Die Einsetzungen der Meister, die Gewerkschaften reden den jungen Leuten nur die Unzufriedenheit gegen ihr Lehrverhältnis ein und trügen somit dazu bei, daß sie nicht mit vollem Herzen bei der Arbeit seien, sind nicht richtig. Zunächst muß betont werden, daß die christl. Gewerkschaften in ihren Jugendvereinigungen stets betont haben, daß Lehrjahre keine Herrenjahre seien, sondern Bildungsjahre, körperlich sowie auch geistig. Immer ist bisher darauf hingewiesen worden, daß man erst keine Pflicht tun müsse, um dann auch auf seine Rechte pochen zu können.

Unsere Jugendabteilungen aber müssen immer mehr eingesetzt werden. Die Fragen der gewerkschaftlichen Ausbildung und die Einführung von theoretischen Fachkursen müssen neben den Fragen der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr in den Vordergrund rücken. Die Eltern aber müssen besser Sorge tragen, daß ihre Söhne nicht nur dem Verbände zugeführt werden, sondern auch die Bewusstseinsfragen eifrig befragen. All und Jung müssen zusammenwirken, wenn in den bestehenden Betrieben Erzieherisches geleistet werden soll.

**Zur Naturgeschichte der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine.**

Am die wirtschaftsfriedliche Bewegung haben sich in letzter Zeit heftige Auseinandersetzungen abgespielt. Die äußere Ursache dafür liegt in der Durchführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst. Die Wirtschaftsfriedlichen und ihre kapitalistischen Protectors haben drampfhafte Anstrengungen gemacht, um Vertreter dieser Bewegung in die Hilfsdienstinstanzen einzubringen und überhaupt eine Anerkennung dieser Bewegung als Arbeiterinteressenvertretung öffentlich durchzusetzen. Dem mußten sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit widersetzen, um die Parteilichkeit in diesen Instanzen nicht zugunsten der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiter preisgeben. Den Gründen der organisierten Arbeiter konnten sich auch die amtlichen Stellen nicht entziehen und so ist erreicht worden, daß die Wirtschaftsfriedlichen wenigstens aus den Schlichtungsstellen fern gehalten wurden. Daraufhin ein gewaltiges Entrüstungsgeschrei in den Reihen der wirtschaftsfriedlichen Bewegung und in der ihnen nahestehenden Unternehmertumsklasse. Im Reichstag, im preussischen Herrenhaus, sowie im preussischen Landtag, sind diese Fragen auch parlamentarisch zum Ausdruck gebracht worden. Dabei ist von den Freunden der Wirtschaftsfriedlichen zunächst auf die große Anhängerzahl dieser Bewegung hingewiesen worden. Wie es damit aussieht, haben die inwärtigen Parteigenossen Arbeiterauswahlgremien in einer Reihe von Großbetrieben zur Genüge gezeigt. Von einer größeren Ausbreitung dieser Bewegung kann demnach absolut nicht geredet werden. Ferner ist auch in Parlamenten sowie in der Presse von den Vertretern der Wirtschaftsfriedlichen bestritten worden, daß diese Bewegung von den Unternehmern gegründet und wirtschaftlich von ihnen abhängig sei. Die Deutsche Arbeiterzeitung vom 25. März 1917 schreibt beispielsweise zu dieser Frage u. a. folgendes:

„Was aber den Kernpunkt der ganzen Beschuldigung betrifft, so soll an dieser Stelle ausdrücklich und ohne jeden Vorbehalt die Erklärung abgegeben werden, daß die wirtschaftsfriedlichen und nationalen Arbeiterverbände in keiner Hinsicht als Organ der Arbeitgebererschaft angesehen werden dürfen.“

Die bereiteten Behauptungen wird die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf gestellt. Die Beweise dafür, daß großindustrielle Unternehmer die geistigen Väter und eigentlichen Gründer der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine sind, liegen in erdrückender Anzahl vor. Einer der ersten und vorbildlichen Werkvereine war der im Jahre 1905 in Augsburg gegründete Werkverein der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Es ist unbestreitbare Tatsache, daß die Idee zu der Gründung des Vereins von dem Werkdirektor Dr. Hug und seinem beauftragten Betriebsleiter Dr. Guggenheimer herrührt. Der Werkverein wurde damals anlässlich der Metallarbeiterausperrung in der bayerischen Metallindustrie ins Leben gerufen, um die Gewerkschaften niederzuringen. Daß die Werkdirektion sofort einige 100 000 Mark für die Neugründung stiftete, soll nur nebenher erwähnt werden. Dieser von der Firma ins Leben gerufene Werkverein ist später vorbildlich geworden für eine Reihe anderer Gründungen auf demselben Gebiete. Wie die Gründung von Werkvereinen in der Großindustrie in der Regel vor sich geht, läßt nachfolgendes vertrauliche Schriftstück deutlich erkennen:

„Vertraulich! A. Juli 1911.  
 Waggonfabrik, Kitzbühel-Gesellschaft  
 Majant i. B.“

In höflicher Erwiderung Ihrer Anfrage mit wertem Schreiben vom 6. ds. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß die Gründung unseres Arbeitervereins in der Weise vor sich gegangen ist, daß wir zunächst nur einige ganz vertrauenswürdige Arbeiter ins Vertrauen zogen, von diesen, nachdem zwei unserer Beamten die Einrichtungen des Werkvereins der Maschinenfabrik Augsburg angesehen hatten, ebenfalls einige Leute dahin entsandten, um dieselben mit den Einrichtungen in Augsburg vertraut zu machen.

Im Anfang wurde dann nur von Mund zu Mund geworden in der Art, daß die wenigen Leute ebenso viele vertrauenswürdige Arbeiter zu einer Besprechung zogen, und in dieser Weise weiter verfahren. Bis einige hundert Mitglieder beisammen waren. Inzwischen arbeiteten die zuerst zusammengetretenen Arbeiter ein Statut aus, von dem wir Ihnen dabei ein Exemplar zugehen lassen.

Als die gegenwärtige Presse zu der Gründung unseres Vereins Stellung nahm, wurde eine öffentliche Versammlung ausgeschrieben, und seitdem werden jede Woche Mitgliederzusammenschlüsse, zu denen jedoch nur Leute Zutritt haben, die nicht auf dem gewerkschaftlichen Standpunkte stehen, veranstaltet, und heute nach sechs Wochen verfügt der Verein bereits über eine Zahl von über 1100 Mitgliedern.

Die Fabrik hat dem Verein eine finanzielle Hilfe für seine Unterhaltungszwecke zugesagt in der Weise, daß seitens der Fabrik für jedes Mitglied ein Beitrag von Mark 25.— pro Kopf und Jahr bezahlt wird. Auch sind die meisten unserer Beamten dem Verein als außerordentliche Mitglieder mit Jahresbeiträgen betrautet.

Da die Tätigkeit unseres Vereins sich bis jetzt auf die Werbung von Mitgliedern beschränkt hat und die Unterstützungsforderung, in der Lage von Büchern und Sitten usw. bis jetzt in den Hintergrund getreten sind, so können wir Ihnen nur empfehlen, falls Sie sich weiter über die Organisation eines Werkvereins durch Entsendung einer Kommission informieren wollen, sich ebenfalls in die Maschinenfabrik in Augsburg zu wenden.

Hochachtungsvoll

Babische Mälin- und Sodafabrik. Gattenmüller. Müller.

Wer angesichts der vorgeführten Tatsachen noch zu behaupten mag, daß diese Vereine von Arbeitern gegründet wären, mit dem ist jede Auseinandersetzung unmöglich. Genau daselbe trifft auch zu bezüglich der finanziellen Unterhaltung der Werkvereine durch großkapitalistische Unternehmer. Auch hier sind selbst dem wirtschaftsfriedlichen Vereine vorhanden, daß jede weitere Diskussion in der Öffentlichkeit überflüssig ist. Nun mag es vielleicht zutreffen, daß einzelne Vereine, die sich zu den wirtschaftsfriedlichen bekennen, wenig oder keine Unterstützung von Unternehmern erhalten. Es mag auch sein, daß einzelne Vereine vielleicht ins Leben gerufen wurden, ohne daß die Unternehmer dabei merkbar in Aktion traten. Das ändert nichts an dem ganzen Charakter und an den Ideen, die dieser Bewegung zugrunde liegen. Sie sind und bleiben Werkzeuge des Unternehmertums, dazu bestimmt, die Interessenvertretung der Arbeiter zu durchkreuzen und dem Unternehmer Vorteile zu verschaffen. Selbstbewußt und rechtbedenkenden Arbeitern wird es daher niemand berathen können, wenn sie die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine ein für allemal als Arbeitervertretung strikte abzulehnen. Der Reichstagsabgeordnete Behrens hat ganz zutreffend im Reichstag gegenüber Vobreden auf die wirtschaftsfriedliche Bewegung dargelegt, daß man es den Arbeitern selbst überlassen müsse, ihre Standeshere so auszulegen und anzuwenden, wie es ihnen recht erscheine. Die Unternehmer und alle anderen Berufsstände ließen sich in diesem Punkte auch nicht von den Arbeitern hineinreden.

Wie würden sich übrigens die organisierten Unternehmer verhalten, wenn sich in ihrem Lager eine Sondergruppe von Unternehmern bilden würde, die unter Mithilfe der Gewerkschaften gegründet, durch finanzielle Zuwendungen aus den Gewerkschaftskassen unterstützt und im stillen oder offenen Zweck verfolgten, die Maßnahmen der Arbeitgeberverbände zu durchkreuzen und den Gewerkschaften Helfersdienste zu leisten? — Die organisierten Unternehmer würden dann keine parlamentarischen Worte finden, um ihrer Entrüstung und ihrem Abscheu über eine derartige Mithilfe der Standeshere und der Standesolidarität in der richtigen Weise Ausdruck zu geben. Das selbe wird man aber auch den Arbeitern zugestehen müssen.

Erfreulich ist, daß auf Grund dieser offensichtlichen Tatsachen immer weitere Kreise von der wirtschaftsfriedlichen Bewegung abziehen. In der Zeitschrift „Das neue Deutschland“, Heft 13, 1917, veröffentlicht der konservativ Abg. Dietrich v. Derschen einen Aufsatz über die „Gelben“, worin er zu einer strikten Ablehnung dieser Bewegung gelangt. Zu dem gleichen Ergebnis kommt der Herausgeber der genannten Zeitschrift, Adolf Grabowsky, in einem Nachwort zu diesem Artikel. Er sagt ganz richtig, daß der Begriff der Standeshere vor allem darauf beruht, daß der Stand selbst die Wahrung seiner Ehre in die Hand nimmt, die auf dem nationalen Boden stehenden Mitglieder der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine sollten sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, das würde für die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung viel vorteilhafter sein.

Mit diesen Darlegungen der konservativen Monatschrift ist wiederum die Deutsche Arbeiter-Zeitung im höchsten Grade unzufrieden. Sie widmet ihr einen besonderen Leitartikel, um die Sache der Wirtschaftsfriedlichen zu retten. Das wird ihr allerdings nicht gelingen. Je mehr und je leidenschaftlicher die Unternehmerblätter und Unternehmerwortführer für die Wirtschaftsfriedlichen eintreten, um so mehr werden alle deutschen Arbeiter erkennen müssen, mit welcher Bewegung sie es eigentlich hier zu tun haben. Nicht als Interessenvertretung der Arbeiter, sondern als Schutztruppe der kapitalistischen Unternehmerinteressen sind die Werkvereine gegründet und deshalb auch von jedem selbständig denkenden Arbeiter mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Allgemeine Rundschau

Gewerkschaften und Staats.

Die gemeinsame Rundgebung der Gewerkschaften an den Ober des Kriegsamt, Generalleutnant Gröner, worin unzweifelhaft jede Arbeitsniederlegung in der Kriegswirtschaft abgelehnt und verurteilt wird, hat in der Öffentlichkeit weitgehende Beachtung gefunden. Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 401, 1917), schreibt in einem Nachwort zu der Gewerkschaftsrundgebung, daß besonders der Ton, „in dem sich die Gewerkschaften gegen alle Auslandsgehilfe im Kriege wenden und mit einer gewissen fremden Selbstberücklichkeit in dieser ersten Zeit auf eine ihrer Rechte verzichteten, besondere Würdigung und Anerkennung“ verdiene. In der Rundgebung der Gewerkschaften sei auch die Würdigung dafür enthalten, daß die von Generalleutnant Gröner in seinem Aufruf an die Arbeiter ausgesprochene Erwartung, daß die ausländischen Elemente den Unternehmern entgegenzutreten sollen, in vollstem Maße erfüllt würde. Die „Kölnische Zeitung“ wünscht dann aber Aufklärung darüber, welche

Unterlage die Gewerkschaften dafür hätten, daß sie in ihrem Schreiben an Gröner Vorwürfe gegen die Unternehmer erhoben hätten:

„Noch vor wenigen Monaten hat man,“ so schreibt die „Kölnische Zeitung“ wörtlich, „die Kriegsindustrie unter ein Gesetz gestellt, das mit den weitest gehenden sozialpolitischen Bestimmungen durchsetzt war, das dem Unternehmertum das Allerbeste zumutete, das ihm unter der heutigen Wirtschafts- und Rechtsordnung noch zugemutet werden konnte. Die Gewerkschaften müßten deutlich werden, was sie darüber hinaus noch von Staats- und Seeresleitung zur Beschränkung der Unternehmerfreiheit verlangten.“

Eine Beschränkung der Unternehmerfreiheit verlangen die Gewerkschaften nicht. Sie verlangen nur, daß die den Arbeitern verbliebenen Freiheiten und Rechte nicht durch Unternehmerrmaßnahmen willkürlich weiter eingeschränkt werden. Durch das Hilfsdienstgesetz ist den Arbeitern zweifellos viel mehr zugemutet worden, sie haben bereitwillig viel größere Opfer an Bewegungsfreiheit gebracht wie die Arbeitgeber. Für ihre Beschwerden gegenüber den Unternehmern, die auch zu einer sehr scharfen Warnung aus dem Munde des Ober des Kriegsamt im Reichstagsausschuß geführt haben, stehen den Gewerkschaften eine Menge von Unterlagen zur Verfügung. Das Hilfsdienstgesetz gestattet es den Arbeitern, ihre Stelle zu wechseln, wenn sie eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen können. Die Unternehmer haben dies gesetzliche Recht der Arbeiter dadurch einzuschränken oder ganz illusorisch zu machen versucht, indem sie durch ihre Organisationen die Unternehmer schriftlich verpflichtet haben, keinerlei Beschränkung über die Höhe der Arbeitslöhne auszustellen. Derartige Vereinbarungen sind, wie aus bekannt gewordenen Rundschreiben hervorgeht, in einer ganzen Reihe von Unternehmerverbänden getroffen worden. Hier handelt es sich für die Arbeiter um eine der wichtigsten Fragen ihrer wirtschaftlichen Existenz. Zu Dugenden liegen den Arbeiterorganisationen ferner Beschränkungen von rekrutierten Arbeitern vor, die sich mit Recht darüber beklagen, daß ihr durch die Militärpflicht gegebenes Abhängigkeitsverhältnis von vielen Arbeitgebern in Lohn- und Arbeitsweise ausgenutzt wird. Diese Uebelstände haben die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Eingabe an das Kriegsamt veranlaßt, um Abhilfe zu schaffen. Stark beunruhigt wird die deutsche Arbeiterschaft ferner durch das krasse Bestreben der Großindustriellen, die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine mit allen möglichen künstlichen Mitteln in die Höhe zu bringen. Diese ganzen Bestrebungen laufen in letzter Linie doch nur darauf hinaus, die selbständige Interessenvertretung der Arbeiterschaft lahm zu legen und sie nach Möglichkeit zu durchkreuzen. Seit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes ist die Tonart der Unternehmerorgane gegenüber den Arbeiterorganisationen auffallend scharf und herausfordernd geworden. Die organisierten Arbeiter können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unternehmer mit den sozialfortschrittlichen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes absolut nicht einverstanden sind und sich auch heute noch nicht damit abgefunden haben. Die Beschwerden der Gewerkschaften sowie die Mahnung Grönners nach dieser Richtung hin waren daher durchaus angebracht und werden hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen.

Erklärung der Reklamiererten.

Eine amtliche Mitteilung besagt:

Das Kriegsamt hat Anordnung getroffen, daß aus unserem gewaltigen Reklamierertenheer, über das wir noch in der Heimat verfügen und das unser Feldheer von 1870 um ein Mehrfaches übertrifft, eine größere Zahl für den Heeresdienst im Felde wieder freigesetzt und in der Kriegswirtschaft durch Hilfsdienstpflichtige und Frauen ersetzt wird. Bei dieser Gelegenheit soll auch ein Austausch zwischen Feld und Heimat stattfinden, so daß ältere verheiratete Facharbeiter, besonders Familienväter — soweit die militärischen Interessen es zulassen — aus der Front herausgezogen und der heimatischen Kriegswirtschaft wieder zugeführt werden.

Ferner ist im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung beabsichtigt, zur Steigerung unserer Kohlenproduktion dem Bergbau weitere Kräfte aus dem Heer zuzuführen gegen Ersatz aus der Heimat. Dieser Ersatz kann nur aus der Kriegsindustrie entnommen werden.

Von der in Verfolg vorstehender Maßnahmen notwendigen Einziehung Reklamierter, mit denen in der Industrie bereits begonnen ist, bleibt die Landwirtschaft vollkommen unberührt.

Die festwertenden Generalkommandos sind angewiesen, die Unternehmer rechtzeitig von den bevorstehenden Einziehungen zu unterrichten, damit für Ersatz der Arbeitskräfte Vorkehrungen getroffen werden kann. Eine scharfe Nachprüfung, ob nicht einzelne Betriebe mit Reklamierten übersetzt sind, geht mit den angeführten Maßnahmen Hand in Hand. Die Feststellungs- und Einberufungsausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz werden Gelegenheit haben, das Heranziehen der Reklamierten durch rechtzeitige Ueberweisung von Hilfsdienstpflichtigen nachdrücklich zu unterstützen.

Wort es hier

Unter dieser Ueberschrift versucht der Essener wirtschaftsfriedliche „Werkverein“ (Nr. 18, 1917) in bekannter Manier unseren christlichen Metallarbeiterverband anzurempeln. Und zwar hat es ihm diesmal unsere Jahresrechnung angetan. Er versucht seinen gläubigen Schäflein, die er damit ja wohl an der richtigen Stelle zu paßen glaubt, plausibel zu machen, daß die Mitglieder unseres Verbandes nicht genügend aus der Hauptkassette zürd bekommen hätten. Als wenn eine gewerkschaftliche Organisation eine Unterstützungskasse oder ein Wohltätigkeitsverein wäre. Es hieße allerdings mit einem Blinde über die Farbe streiten, wenn man sich mit dem Schreiber der Wirtschaftsfriedlichen über die Aufgaben gewerkschaftlicher

Organisationen auseinandersetzen wollte. Doch unser christlicher Metallarbeiterverband allein im Jahre 1915 für seine Mitglieder über 2 1/2 Millionen Mark Lohnsteuer herausgeholt hat, braucht ja so ein wirtschaftsfriedlicher Artikelreiber nicht zu wissen. Jedenfalls verweigert er es gesüßentlich seinen Lesern. Für das Jahr 1916 liegen die Zahlen noch nicht fest, doch ist jetzt schon zu übersehen, daß das Ergebnis kaum weniger glänzend ausfallen wird. Daß diese Tätigkeit und diese Erfolge für die deutsche Arbeiterschaft eine ganz andere Bedeutung haben, wie ein paar Mark gezahlte Unterstützung, leuchtet der Arbeiterschaft immer mehr ein. Daher denn auch der immer stärkere Anschluß der christlichen Metallarbeiter an unseren Verband und das fortwährende erfreuliche Erstarken des Verbandes, während die Wirtschaftsfriedlichen trotz aller Flechterkünstlichkeiten gegen die bösen Gewerkschaften sich immer mehr den Krebs zum Mutter nehmen. Aber all dieses sieht ja natürlich einen richtiggehenden wirtschaftsfriedlichen Schreiber nicht an. Wie sagt doch schon der Dichter: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Kriegsbeschädigte Krankenpfleger mit Pflegekräften werden, wie uns von sachkundiger Seite mitgeteilt wird, leider in nicht unbeträchtlicher Zahl vorhanden sein. Besonders das in den Feld- und Sanitätslazaretten oft unter den schwierigsten Verhältnissen beschäftigt gewesene Pflegepersonal hat oft Verletzungen und erhebliche Schädigungen seiner Gesundheit davongetragen, die den schon in Friedenszeiten schweren wirtschaftlichen Existenzkampf in diesem Beruf sehr erheblich steigern werden. Da die Kriegspflege für das Krankenpflegepersonal nicht einheitlich geregelt ist, hat der den christlich-nationalen Gewerkschaften angehörende Deutsche Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen (Berlin 1918, Schönhauser Allee 130), der seit 15 Jahren den gesamten wirtschaftlichen Interessen des Krankenpflegeberufes dient, eine Auskunftsstelle eingerichtet, die allen am Kriege beteiligten und beteiligt gewesenen Berufsangehörigen unentgeltlich Rat und Auskunft schriftlich erteilt. Durch den Vorsitzenden des Verbandes (Georg Streiter) ist die erforderliche Verbindung mit den in Betracht kommenden maßgebenden amtlichen Stellen hergestellt.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus fällig sind, so ist für Sonntag, den 18. Mai der 20. Wochensatz für die Zeit vom 18. bis 19. Mai fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Saargebiet. (Bergmetallarbeiter.) Eine von 14 Arbeitern besuchte Versammlung der Handwerker, Maschinisten und Heizer der königlichen Saargruben, einberufen vom christlichen Metallarbeiter-Verbande, fand am Sonntag, den 22. April im großen Saale des „Heinrich Hofes“ in Friedrichshaus statt. Von der Kriegsamtsstelle Saarbrücken nahm Herr Deunant Degener an der Versammlung teil.

Kollege Bäder vom christlichen Metallarbeiter-Verbande sprach in einem 1 1/2stündigen Vortrage über das Thema: „Unsere Aufgaben in der schweren Zeit“.

Redner lenkte zunächst die Gedanken an die Front, wo die deutschen Brüder die größte Schlacht kämpfen, die je die Welt gesehen hat. Dank zum Himmel, dank den braven Truppen, sprachen die Herzen des deutschen Volkes, als der Geeresbericht dieser Tage meldete, der erste und zweite Durchbruchversuch sei gescheitert. Deutschland muß siegen, auch wenn wir sterben müssen, so denken unsere Brüder draußen an der Front, so denkt das deutsche Volk.

Bis der endgültige Sieg erkämpft ist, muß das deutsche Volk an und hinter der Front in den nächsten Wochen große Opfer bringen. In der Front muß Gesundheit und Leben geopfert werden. Hinter der Front müssen Gelder aufgebracht werden, muß das Heer der Arbeit geleistet und in der Lebensmittelfrage die größte Entbehrung ertragen werden.

Redner zeigte sodann das arme und zerrüttete Deutschland bis zum Jahre 1870. Weil das Volk arm war, war der Staat, die Städte und die Gemeinden arm und deshalb konnte nichts geschehen für die wirtschaftlich Schwachen, wozu ja vor allem die Arbeiter gehören. Nach 1870 setzte die industrielle Entwicklung ein und schaffte die Vorbedingungen zum sozialen und kulturellen Fortschritt des gesamten Volkes. Die umfangreiche soziale Gesetzgebung folgte. Durch Selbsthilfe der Arbeiter, durch harte Gewerkschaften wurde eine Anteilnahme der Volksmassen am Fortschritte erwirkt. In Form von 12 000 Tarifverträgen haben sich große Arbeitermassen geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen gesichert. Ein verlorener Krieg würde alle Vorbedingungen zum sozialen und kulturellen Fortschritte zerstören und aus dem deutschen Volke wieder ein armes Volk machen. Ein armes Volk hat aber zur Folge: Armer Staat, arme Städte, arme Gemeinden, die nichts mehr tun können für die Schwachen und Bedrängten. Die Arbeiterorganisationen würden lahm gelegt werden, da die Arbeiter die Mittel nicht mehr aufbringen könnten, die ihre Organisationen bedürfen und die Vorbedingungen, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, würden verschwinden. Also alles steht für uns Arbeiter auf dem Spiele. Das sehen auch einseitige Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein. Leider nicht alle. Einem kleinen Teile gehen die sozialdemokratischen internationalen Verbindungen über alles. Die sind ihnen lieber wie ihr Vaterland, lieber wie das Wohl und Wehe des deutschen Volkes und vor allem der deutschen Arbeiterschaft. Rein Sozialist in Frankreich, England, Italien und Amerika habe gegen die Kriegsziele protestiert, die die Entente in einer Note an Wilson im Dezember 1916 habe bekannt gegeben. Diese englischen Kriegsziele verwickelt, würde die Verschmetterung Deutschlands bedeuten und damit die Grundlage für die Errichtung des deutschen Arbeiterverbandes

Es ist eine Sünde und Schande, daß es deutsche Arbeitervertreter gibt, wenn auch nur wenige, die lieber eine Niederlage wie einen Sieg Deutschlands sehen. Solche Menschen sind Verbecker an unsern tapfern Truppen, an deutschen Volk und vor allem an der Arbeiterschaft. Auf sie aufmerksam zu machen, sie zu bekämpfen ist heilige Pflicht eines jeden Deutschen, vor allem in der jetzigen Stunde. Auch im Saargebiet sind einzelne solcher Menschen an der Arbeit. Sie sagen den Arbeitern, sie seien gegen an diesem Weltkrieg, weil sie für schlechte Löhne arbeiteten und dadurch der deutschen Industrie die Möglichkeit gegeben hätten, die deutschen Waren zu billigen Preisen auf den Weltmarkt zu werfen. Dadurch sei England nicht mehr konkurrenzfähig gewesen und zum Kriege gedrängt worden. Eine derartige Behauptung ist in dieser Allgemeinheit Unsinn. Der Unternehmungskreis des deutschen Volkes, der Tätigkeit des deutschen Technikers und der Ingenieure und die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter ist es zu verdanken, daß die deutsche Industrie und der deutsche Handel so gute Fortschritte gemacht haben. Auch die deutsche Volksschule und die technischen Schulen haben, wie kürzlich selbst ein Engländer sagte, zu diesem Fortschritte beigetragen. Auch in der Lebensmittel- und Lohnfrage tragen diese Leute den Arbeitern allerlei Blödsinn vor. Über praktische Arbeit leisten sie keine, weder in der Lebensmittelversorgung, noch in der Lohnfrage, das überläßt man den Gewerkschaften. Man sucht die Arbeiter zu fangen, aber nicht um praktische Arbeit zu leisten, sondern um die Arbeiter mit unverständlichen Redensarten zu füttern. Mitarbeiter ist notwendig gerade in der jetzigen Stunde, Mitarbeit in der Lebensmittelverteilung und vor allem auch in der Lohnfrage. Der christliche Metallarbeiter-Verband hat sich in jeder Hinsicht während des Krieges der Handwerker, Maschinenisten und Feiger angenommen. Dreimal wurde für eine Erhöhung der Löhne eingetreten. Der Arbeiterentscheidungsfrage wurde große Beachtung geschenkt, so für die Betriebsabteilung Kraft und Wasser, die noch keinen Arbeiterentscheidungs hatte. Im August 1916 wurden Schritte unternommen, damit die Handwerker, Maschinenisten etc. an der Metallverarbeitung teilnehmen. Auch jetzt sind die christlichen Gewerkschaften an der Saar tätig, damit die Lohnansprüche und die Grenzsetzung der Metallarbeiter erfüllt werden. Tapferkeit wird von unsern Truppen an den Fronten verlangt, die äußerste Tapferkeit ist aber auch hinter der Front, insbesondere in den nächsten Monaten, notwendig. So auf der Arbeitsstelle, im Durchhalten und der Mitarbeit in der Lebensmittelversorgung, im Kampfe gegen die Meß- und Glanzmacher und bei der Gewerkschaftsarbeit. Ausdauer in jeder Beziehung und Pflichterfüllung auf allen Gebieten, wie es Hindenburg von uns erwartet. Das ist das, was die Nachwelt von uns reden und sagen wird. Der schreckliche Weltkrieg 1914-17 hat in Deutschland ein hartes Geschick gefunden, das der ganzen Welt getrost hat. Wenn unsere Kameraden an den Fronten als Sieger zurückkommen, werden sie zu uns sagen: Wir haben gekämpft und geblickt an der Front, ihr habt hinter der Front eure Pflicht getan. Ihr habt eine gute Organisation und Interessentenvertretung und bessere Verhältnisse geschaffen, darum wollen wir sein ein einzig Volk von Brüdern, im Stolz, auf der Arbeitsstelle und im christlichen Metallarbeiter-Verband.

Der Bericht bewies, daß die Versammlung dem Redner zustimmte. In der anschließenden Ansprache erklärten sich auch alle Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Alle versprochen, ihre Pflicht zu tun und Hindenburg zu folgen. Daneben wurden von allen Rednern angemessene Löhne verlangt. Unter acht Mark Durchschnittslohn sei es nicht möglich, durchzukommen. Einige Redner wiesen nach, daß es ihnen bei den jetzigen Lohnverhältnissen nicht möglich sei, neben den unbedingt notwendigen Bedarfsartikeln, wie Kleider, Schuhe etc., alle an und für sich sehr knapp rationierten Lebensmittel zu kaufen. Auch sei es eine veraltete und ungesunde Einrichtung, daß Handwerker, Maschinenisten und Feiger auf den Saargebietern bezüßelt werden mit dem 30. bis 32. Lebensjahre erreichten. Infolgedessen müßte der Höchstlohn mindestens mit dem 24. Lebensjahre erreicht werden. Auch sei es angebracht, wenn für die Sonntagarbeit ein Zuschlag von 25-30 Prozent gezahlt würde. Sodann nahm Herr Deutscher das Wort. Er führte aus, daß er den Ausführungen des Referenten nichts hinzuzufügen hätte. Er wies auf das Schreiben Hindenburgs an den Leiter des Kriegsamtes, Generalleutnant Schröder, hin und forderte auf zum Kampfe gegen die Meßmacher.

In Schlußwort dankte Kollege Bäder Herrn Deutscher für seinen Bericht und bei ihm, den Kriegsamtsstelle Saarbrücken den Dank der Versammlung zu übermitteln für das erregende Eintreten für die Wünsche der Arbeiter. Kollege Bäder versprach, die gefaßten Wünsche den zuständigen Stellen zu übermitteln.

Mit einem Hoch auf die obersten Herrscher, unsere Truppen und vor allem auf die kämpfenden Truppen an der Front, wurde die herrlich verlaufene Versammlung geschlossen.

Aus heißt es für die Kollegen von den Saargebietern, weiter gearbeitet, bis die Handwerker, Maschinenisten und Feiger ein geschlossenes Ganzes bilden im christlichen Metallarbeiter-Verband.

**Sitzung.** Die bei der Firma Schöjan in Elbing und Danzig beschäftigten Arbeiter Auguste Schöjan im Schreiben über zu niedrige Löhne. In den Jahren 1911 und 1913 kam es aus diesen Gründen zu Streiks bei der Firma. Die geringe Vergütung der Arbeiter ließ schon im Frühen Jahre 1916. Durch geschickter Führung der Lebensmittelversorgung während des Krieges konnte die Firma Schöjan sich nicht dazu begeben, ihren Arbeitern einen besseren Lohn zu gewähren. Daraus wurde während des Krieges den Arbeitern die gewohnte Lebenslage angeschlossen, das Verlangen der Arbeiter nach einer besseren Existenz wurde von der Firma Schöjan nicht beachtet. Am 7. Februar 1917 haben die Dreher, Kupferarbeiter und Maschinenarbeiter der Firma Schöjan in Elbing durch den Arbeiterentscheidungs Ausschuss, Herrin um eine Aufbesserung des Stunden-

dienstes nachgesucht wird. Es wurden verlangt für die Dreher pro Stunde 70 Pfg. — plus 60 Prozent Aufschlag, mithin ein Stundenlohn von 1,10 Mk., für die Maschinenarbeiter ein Stundenlohn von 60 Pfg. plus 60 Prozent Aufschlag, mithin 1 Mk. Stundenlohn und für die in der Dreherei beschäftigten Hilfsarbeiter ein Stundenlohn von 50 Pfg. Der Durchschnittslohn der Dreher ist heute 72 bis 86 Pfg., der Maschinenarbeiter 65 bis 80 Pfg., der Hilfsarbeiter 55 bis 45 Pfg. Die durch den Arbeiterentscheidungs Ausschuss geforderte wurde ohne Verhandlung vom Herrn Geheimrat Siebe abgelehnt. Um eine Verhandlung und Einigung im Interesse der Firma sowohl wie auch der Arbeiter herbeizuführen, wurde diese Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss beim Bezirkskommando Elbing (Mortenburg) ist das Bezirkskommando, jedoch wird für Elbing stets in Elbing verhandelt) überreicht. Am 12. April d. J. fand in der Angelegenheit beim Schlichtungsausschuss eine Verhandlung statt und zwar unter dem Vorsitz des Herrn Hauptmann Witthall. Zum stellvertretenden Generalkommando des 20. Armeekorps war Oberleutnant Schwarzsohl, vom Reichsmarineamt Herr Oberleutnant Schwarzenberg erschienen. Ferner war der Gewerbetätige Herr Direktor Siebert, Ingenieur Richter und Herr Direktor Talleborn. Alle Vertreter der Organisationen waren erschienen. Kollege Gailowski (christlicher Metallarbeiter-Verband), Karl Laß (deutscher Metallarbeiter-Verband), Warrath (Hirsch-Dandorf-Gewerbetätige) und Raabe (Kupfer-Schmiede-Verband), ferner der Aufsicht und zwar drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer. In der Verhandlung begründeten die Organisationsvertreter die eingereichte Forderung. Direktor Siebert erklärte, nur aus Respekt vor dem Schlichtungsausschuss sind wir erschienen. Verhandeln tun wir aber nicht. Die Forderung der Arbeiter kann nicht bewilligt werden, weil die Firma dazu nicht in der Lage ist. Trotz dreistündiger Sitzung, in der von den Vertretern der Organisationen die Notwendigkeit der Lohnsteigerung für die Schichtarbeiter nachgewiesen wurde, trotz Vorlegung einer aufgenommenen Protokoll der Schichtarbeiter im Vergleich zu den Löhnen auf anderen Fabriksbetrieben, trotz Vorlegung von Berechnungen der Lohnansprüche für eine Familie, aufgenommen von zwei Familien zu Elbing, erklärte Herr Siebert: „Wenn die Arbeiter sich einschränken, können sie mit ihrem Lohn auskommen. Eine Lohnaufbesserung geben wir nicht. Wir verhandeln nicht!“ Nach einseitiger Verhandlung des Schlichtungsausschusses wurde folgendes Protokoll ergiebt: Die Abstimmung ergab 3 Stimmen für die Beihiligung, drei Stimmen gegen die Beihiligung der Lohnforderung. Der Vorsitzende erklärte, seine Stimme nicht abgeben zu können, weil die Verantwortung für ihn in diesem Falle zu groß sei. Diese Stellungnahme des Vorsitzenden ist zum mindesten sehr eigenartig. Nach § 13 des Gesetzes über den bayerischen Schlichtungsausschuss muß ein Schlichter auch dann abgegeben werden, wenn einer der Beteiligten nicht erscheint oder nicht beizubehalten. Dem Vertreter der Firma Schöjan ist nur anzuraten, sich energig um die Stärkung der Organisation zu bemühen, dann wird die Firma es sich schon überlegen, ob sie auch in Zukunft einem derart harmlos abhandeln Standpunkt gegenüber ihrer Arbeiterschaft einnehmen soll.

**Gesellschaft.** Die diesjährige Generalversammlung der Verbandsstelle war gut besucht. Zunächst wurde des Andenkens des verstorbenen Kollegen Wastlowski in üblicher Weise gedacht. Kollege Janz meier gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Folgendes verdient festgehalten zu werden: Der Bestand bei den Helfenkirchen in letzter Zeit sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Einnahmen für die Hauptkasse waren im ersten Vierteljahr 1917 um 215,70 Mark höher wie im zweiten Quartal 1914 — dem letzten Friedensquartal. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug 12,28 Mark pro Mitglied. Die Mitgliederzahl war am 1. April um 72 höher wie vor Kriegsbeginn. Außerdem sind noch über 100 Mitglieder beim Militär. Gegen Jahresanfang beträgt der Zuwachs an Mitgliedern 166. Dieses günstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß sich immer zahlreicher die Kollegen an der Agitation beteiligen haben. An der Agitation beteiligten sich 30 Kollegen mit Erfolg. Ein Kollege brachte 43 Aufnahmen, einer 21, einer 20, einer 15, einer 13 und die übrigen Kollegen hatten unter 10 Aufnahmen zu verzeichnen. Es wurden 190 Aufnahmen und drei Liebertritte ergiebt. Hoffentlich trägt das gute Beispiel dieser Kollegen dazu bei, daß von jetzt ab alle Mitglieder in der Agitation ihre Pflicht tun. Ferner wurde berichtet, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, die Arbeiterentscheidungs Ausschuss durch organisierte Arbeiter zu besetzen. Bei der Gewerkschaften Ausschuss und Eisenwerder hatte auch der Verband eine Vorlage eingereicht. Auch dort ist die Liste der Gewerkschaften durchgebrungen, denn die Liste des Vereines erhielt nur 29 Stimmen — obgleich 30 Vertreter benannt waren. Das war ein schmerzlicher Verlust für die Gewerkschaften. Jetzt in den nächsten Tagen haben die Listen bei der Gewerkschaften Bergwerk A. G. fast hoffentlich fällt auch dort die Zahl zu Gunsten der organisierten Arbeiterschaft aus. Außerdem fanden in einigen Betrieben erfolgreiche Lohnabregelungen statt. Auf den Bericht folgte eine lebhafte Ansprache. Alle Redner waren fast darin einig, daß jetzt mit Nachdruck weiter gearbeitet werden müßte. Die verschiedenen Betrieben sind die Arbeiter sehr unzufrieden mit den bestehenden Lohnverhältnissen. Es muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß eine Besserung erzielt werden kann. Dringend gebeten wird vor blödsinnigen Arbeitseinstellungen. Das ist nicht der richtige Weg, um zu einer Verbesserung der Verhältnisse zu gelangen und aus nationaler Gesichts sind derartige Bestrebungen zu vermeiden. So die Gewerkschaft sich organisiert hat, hat es den Verbänden auch möglich, nachhafte Verbesserungen für die Arbeiter durchzusetzen. In belienem Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, mit der Abrechnung der Verbandskasse am Ende des Monats Mai eine außerordentliche Kontrolle der Mitgliederbücher vorzunehmen. Jedes Mit-

glied ist selbst verantwortlich dafür, daß die Kontrolle vorgenommen wird. Die Kollegen wollen daher die Bücher rechtzeitig dem Vertrauensmann ausbändigen. Nichtkontrollierte Bücher verlieren ab 1. Juni solange die Gültigkeit, bis die Kontrolle erfolgt ist. Ferner wurde beschlossen, eine Lohnanfrage vorzunehmen. Diese Maßnahme erweist sich als notwendig, um einerseits Vergleich zwischen den verschiedenen Betrieben anstellen zu können, andererseits um unseren Arbeiterentscheidungs Ausschuss geeignetes Material für ihre Tätigkeit in die Hand zu geben. Alle Verbandsstellen sind verpflichtet, bei diesen Erhebungen mitzubringen.

**Versammlungs-Kalender**

- Donnerstag, den 13. Mai 1917:**
- Bielefeld und Umgebung. Jugendklasse: Ausflug nach Herford. Abmarsch 1,30 Uhr von Herforderstr. 84.
  - Trudering. Vorm. 11 Uhr bei Hombrodt, Götterslocherstr. 20.
  - Duisburg-Gesellschaft. Vorm. 11 Uhr Jugendversammlung im Rath. Vereinshaus.
  - Offen. Abends 7 Uhr bei Spahn, Steelerstr. 65.
  - Offen. Abends 7 Uhr bei Breunelamp, Annastr. 83.
  - Hagen-Gesellschaft. Vorm. 11 Uhr bei Brenner, Dammstr. Herford. Nachm. 4,30 Uhr im Vereinshaus, Madewigenstr. mit Vortrag des Kollegen Gailowski. Jugendklasse muß vollständig erscheinen.
- Freitag, den 17. Mai 1917 (Himmelfahrt):**
- Offen. Abends 7,30 Uhr im großen Saale des Städtischen Saalhauses: Wiederholung des letzten Ballabends. Programm, die zum Eintritt Berechtigten, sind zum Preise von 55 Pfg. auf der Geschäftsstelle und bei den Vertrauensmännern zu haben.
- Samstag, den 20. Mai 1917:**
- Duisburg-Altheim-Verband. Nachm. 3,30 Uhr im Franz- oder zu Duisburg, Generalversammlung der Verbandsstellen. Dieser Tag ist von anderen Veranstaltungen freizulassen.
  - Hagen-Gesellschaft. Vorm. 11 Uhr bei Hoff Mitglieder-versammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz in Hagen.
  - Hagen-Gesellschaft. Vorm. 11 Uhr bei Helm Mitglieder-versammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz in Hagen.
- Sonntag, den 20. Mai 1917:**
- Duisburg-Verband. Abends 8,15 Uhr bei Zimmer, Kassestr.

**Geldbelegänge bei der Hauptkasse**

Geldbelegänge im März.		Geldbelegänge im April.	
Offen	3000.-	Stappelt	601.45
Herford	8.27	Stiefel	101.-
Barren	457.77	Wenden	809.-
Bremen	95.-	Bielefeld	49.-
Duisburg	3000.-	Wannschlag	29.99
Emm	139.-	Saarbrücken	1530.-
Siegen	2000.-	Wieden	700.-
Antonienhütte	17.30	Salingen	700.-
Dipe	200.-	Flensburg	150.-
Bremen	135.-	Nachen	1000.-
Cöln	1800.-	Bielefeld	1500.-
Sollingen	796.17	Herbold	700.-
Geisenkirchen	1090.-	Hagen	1100.-
Baugen	100.-	Schopping	11.75
Danzig	500.-	Offen	3000.-
Hamburg	180.-	Danzig	300.-

**Maschinen**  
mit gründlichen Kenntnisse sowohl in Dampfmaschinenbetriebe als auch in elektrischen Kraft- u. Lichtanlagen zum sofortigen Eintritt gesucht.

**Leigwaren- und Zwiebad-Fabriken**  
Fab. Hamburg u. d. G.  
Alten-Gesellschaft

**Klempner**  
suchen

**Lohmann-Werke**  
A.G.  
Bielefeld.